

Politischer Jahresbericht

Mexiko/Mittelamerika 2009



Mexiko-Stadt

Regionalbüro Mexiko, Mittelamerika, Karibik, 2009

Von Ingrid Spiller

März 2010

Inhalt

Mexiko	3
El Salvador	8
Nicaragua	11
Honduras	12

Mexiko

Die prekäre Sicherheitslage in Mexiko ist eins der wichtigsten Themen der öffentlichen und politischen Agenda des Landes. Der so genannte Drogenkrieg, den der Präsident 2006 zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens initiiert hat, hat (nach einer Zählung der Zeitung *El Universal*) im Jahr 2009 7.724 Menschen das Leben gekostet. In den letzten 3 Jahren (seit 2006) kam es insgesamt zu mehr als 17.000 Toten im Kampf um die Drogen - mehr als in den Kriegen in Afghanistan oder im Irak. Präsident Calderón setzt in seiner Strategie gegen die Drogenkartelle auf eine Militarisierung und hat deshalb zu Beginn seiner Amtszeit (2006) 45.000 Soldaten auf die Straße geschickt, vor allem in die nördlichen Bundesstaaten, in denen die 'Narcos' besonders präsent sind. Auch wenn in den letzten Monaten einige Erfolge durch spektakuläre Verhaftungen erzielt wurden, ist ein Ende der Gewaltspirale nicht absehbar - das Milliardengeschäft mit den Drogen, die Entführungen, Erpressungen und Morde, in die immer wieder auch die mexikanische Polizei und Armee involviert sind, gehen weiter. Sexuelle Belästigungen und Vergewaltigungen von Frauen sowie andere Menschenrechtsverletzungen seitens des Militärs, die immer wieder bekannt werden, bleiben straflos. Die verstärkte Partizipation des Militärs in Bereichen der Zivilbehörden bringt Risiken für den Schutz und die Gewährleistung der Menschenrechte mit sich - die Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen seitens des Militärs sind unter der Regierung Calderóns um 600% angestiegen.

Im Jahr 2009 hat Mexiko 296 Millionen US-Dollar aus dem Hilfspaket zum Kampf gegen die Drogen erhalten, das im Rahmen des Merida-Plans 2007 mit dem ehemaligen US-amerikanischen Präsidenten Bush vereinbart wurde. Die Mittel des Merida-Plans werden hauptsächlich für militärische Ausrüstung ausgegeben, die eigentlichen Gründe und Konsequenzen von Gewalt und Korruption werden dabei jedoch vernachlässigt. Die mexikanische Bevölkerung verliert zunehmend das Vertrauen in die Drogenpolitik der Regierung, vor allem weil immer häufiger auch Unbeteiligte der Zivilbevölkerung in die Gefechte zwischen Kartellen und Polizei oder Armee geraten und dabei ihr Leben lassen. International wird bereits diskutiert, ob Mexiko auf dem Weg ist, zum *failed state* zu werden, da die Regierung keine Kontrolle mehr über einige Teile des Staatsgebiets zu haben scheint. Der Präsident hat deshalb kürzlich seine Diplomaten im Ausland angewiesen, nur noch ein positives Bild über Mexiko im Ausland zu verbreiten. Obwohl die Regierung Obamas 2009 verstärkt die Verantwortung der USA und des amerikanischen Drogenabsatzmarktes für die Situation in Mexiko eingeräumt hat, ist bislang kein Politikwechsel in Sicht.

Der Drogenhandel und die Narcos gefährden durch Morde und Entführungen auch Journalist_innen und dadurch die journalistische Arbeit und Meinungsfreiheit. Mexiko gilt mittlerweile in ganz Lateinamerika als das gefährlichste Land für Journalist_innen und wird von *Reporter ohne Grenzen* welt-

weit lediglich hinter Somalia und den Philippinen eingestuft. Im Jahr 2009 wurden in Mexiko 13 Journalisten ermordet.

Im Juli 2009 wurde in Mexiko die Abgeordnetenversammlung neu gewählt, welche zusammen mit dem Senat den Kongress bildet. Die Regierungspartei PAN (Partido Acción Nacional) des Präsidenten Felipe Calderón hat dabei die Mehrheit an die PRI (Partido Revolucionario Institucional) verloren. Die PAN besetzt nun nur noch 143 der 500 Parlamentssitze, während der PRI 237 zukommen. Die Partido de la Revolución Democrática (PRD) erlebte fast erdrutschartige Verluste, ihr Anteil ist von 29,8% auf 12,9% gesunken, und sie ist damit nur noch drittstärkste Partei geworden. Mit knapp 6% konnte eine Initiative auf sich aufmerksam machen, die als Protestaktion gegen das Parteiensystem Mexikos entstanden ist und für die Annullierung der Wählerstimme als Form einer aktiven politischen Bürgerpartizipation (im Gegensatz zum passiven Stimmverweigern/Nicht-Wählen) geworben hatte. Die PRI erreicht zusammen mit ihrem Bündnispartner, der Grünen Partei (Partido Verde Ecologista de México - PVEM), die 22 Sitze erhalten hat, nun die absolute Mehrheit - was bedeutet, dass kein Gesetz ohne die Zustimmung der Allianz PRI-PVEM verabschiedet werden kann. Diese Situation hat es im Kongress seit über 10 Jahren nicht mehr gegeben. Zudem gab es 2009 in verschiedenen Bundesstaaten Wahlen, bei denen die PAN ebenfalls Stimmverluste hinnehmen musste und die Mehrheit in einigen wichtigen Bundesstaaten verloren hat. Dies zeigt einen Wechsel in der mexikanischen Wahllandschaft und verändert die innenpolitischen Bedingungen. Auch ist ein erneuter Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 2012 durch die PRI wieder in greifbare Nähe gerückt, ein Szenario, das bei den letzten Präsidentschaftswahlen 2006 noch völlig ausgeschlossen schien. Neben der alarmierenden Sicherheitslage und der zunehmend in Kritik geratenen Sicherheitspolitik der Regierung Calderón ist wohl vor allem die katastrophale wirtschaftliche Situation des Landes verantwortlich für die großen Stimmverluste der PAN.

Wirtschaftlich bleibt die Situation in Mexiko nach der weltweiten Wirtschaftskrise angespannt. Im Jahr 2009 veröffentlichten mehrere Studien (u.a. OECD und CEPAL), dass Mexiko international eins der Länder mit den größten Negativauswirkungen der Krise und mit der schlechtesten Krisenpolitik sei. Die Rezession lag in Mexiko 2009 bei 7%, während der lateinamerikanische Durchschnitt lediglich eine Rezession von 1,8% verzeichnete. Für 2010 wurde ein Wachstum des mexikanischen BIP von 3% prognostiziert - dies wird jedoch nicht einmal die Hälfte der Verluste von 2009 kompensieren können.

Die mexikanische Wirtschaft ist in hohem Maße von Exporteinnahmen abhängig - sie machen 35% des BIP aus. Die Exporteinnahmen sind 2009 in den ersten zehn Monaten um 26,9% gesunken, was

u.a. auf den drastischen Rückgang der Erdöleinnahmen von 28% (aufgrund von geringerem Produktionsvolumen sowie gesunkener Erdölpreise) zurückzuführen ist. Ebenfalls stark zurückgegangen sind die Rücküberweisungen der in den USA lebenden Migrant_innen. Im Oktober 2009 lagen diese Einkünfte 35,8% unter denen vom Oktober des Vorjahres. Die OECD geht davon aus, dass die Arbeitslosigkeit, nachdem sie 2009 bereits um 1,83% gestiegen ist, im Jahr 2010 weiter zunehmen und 6,5% erreichen wird.¹ (Hinzu kommt eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen aufgrund der Inflation der Gehälter und der gestiegenen Lebenskosten, u.a. für Grundnahrungsmittel. Dies hat einen alarmierenden Anstieg der Armut zur Folge. Diese äußert sich nicht nur in einem Mangel an ökonomischen Einkünften (18% der Bevölkerung verfügt nicht über genug Einkünfte zum Leben), sondern auch darin, dass ein Großteil der Bevölkerung keinen Zugang zum Sozialversicherungs- (69 Millionen Menschen) und Gesundheitssystem (43 Millionen Menschen) hat.

Im Bereich Umwelt/Umweltpolitik und Gemeinschaftsgüter hat es 2009 einige wichtige Ereignisse und Entwicklungen gegeben. Bei der internationalen Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 hat Mexiko vor allem seine expliziten Interessen zum Thema Finanzen verdeutlicht und erneut seinen Vorschlag zur Einrichtung eines „Grünen Fonds“ zur Finanzierung von Mitigationsmaßnahmen und Technologietransfer präsentiert. Der Fond soll „transparent und demokratisch“ gestaltet werden und den einfachen Zugang zu den finanziellen Ressourcen gewährleisten. Prinzipiell soll jedes Land beitragspflichtig sein, aber auch Zugang zu Mitteln erhalten. Die Höhe der Beiträge soll sich nach der Verantwortung für den Klimawandel und der ökonomischen Stärke eines Landes richten, so dass die armen Länder nicht oder kaum zur Kasse gebeten werden. Mexiko unterstützt eine zweite Phase des Kioto-Protokolls, spricht sich aber darüber hinaus für ein neues, rechtlich nicht unbedingt verbindliches Vertragsabkommen aus. In der bevorstehenden Präsidentschaft auf der COP 16 möchte das Land zwischen den verschiedenen Positionen vermitteln. Als Schwellenland mit einer hohen Armutsrate (Mexikos steht als Wirtschaftsmacht weltweit an 15. Stelle, knapp 60% der Einwohner gelten als arm) sieht es sich dabei hervorragend geeignet, als Brückenland zwischen den reichen und den armen Ländern zu fungieren. Nachdem Scheitern von Kopenhagen und dem Rücktritt von Yve de Boer werden die Erwartungen an die nächste Klimakonferenz aber bewusst niedrig gehalten.

Medienwirksam präsentierte Präsident Calderon als erstes Non-Annex-1-Land auf der Klimakonferenz in Kopenhagen die 4. Nationale Kommunikation, ein im Kioto Protokoll vereinbarter Berichtsme-

¹ Mexiko bleibt hiermit zwar innerhalb der OECD das Land mit der niedrigsten Arbeitslosenquote, dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Datenerhebung zur Arbeitslosigkeit nur die Städte berücksichtigt, und der Anteil des informellen Sektors 28,3% beträgt.

chanismus zu den Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels, und kündigte gleichzeitig eine Emissionsreduzierung um 30 % bis zum Jahr 2020 an. Dies diente als Botschaft ins eigene Land und ins Ausland. Dem eigenen Volk wollte man damit in Anbetracht der schwierigen innenpolitischen Situation zeigen, wie gut und anerkannt Mexiko im internationalen Kontext agiert. Gegenüber dem Ausland wollte man mit gutem Beispiel vorangehen und mit eigenen Reduktionsverpflichtungen als Schwellenland Bewegung in die festgefahrenen Positionen bringen. Ein kleiner Schatten fällt allerdings auf diesen Glanz, solange nicht geklärt ist, wie viele Reduktionen aus eigener Kraft und wie viele nur mit finanzieller Hilfe aus dem Norden wirklich realisiert werden. Innenpolitisch fehlen bislang konkrete politische Entscheidungen und Maßnahmen, diese angekündigten Emissionsreduzierungen auch wirklich umzusetzen. Das Spezialprogramm für den Klimawandel (PECC), das politische Hauptinstrument Mexikos, wurde Anfang 2009 ins Leben gerufen und skizziert die notwendigen Reformen und Politikfelder, etwa im produktiven Sektor, in den Bereichen mit sehr hohem Emissionsausstoß, wie dem Energiesektor (Erdöl, Strom) und dem Transportsektor, die zusammen 70% der CO₂-Emissionen ausmachen, oder der Bodennutzung (Landnutzung), die mit etwas mehr als 20% zu den Emissionen beiträgt. Was aussteht, sind Schritte zur konkreten Umsetzung.

Der Kopenhagen-Accord wurde in Mexiko mit großer Ernüchterung aufgenommen. Als ein Land, das sehr unter den Folgen des Klimawandels zu leiden hat, hatten sich alle Akteur_innen größere Fortschritte bei der Erreichung eines zukunftsweisenden Klimaregimes erwartet. Zivilgesellschaftliche Akteur_innen verurteilen das Ergebnis als weiteren Ausdruck der ungerechten globalen Machtverhältnisse, die den Mächtigen erlauben, weiterhin ungebremst Emissionen auszustoßen, ohne sich für die Folgen insbesondere in den ärmeren Ländern verantwortlich zu fühlen, während für diese die Zeituhr läuft.

In Mexiko-Stadt kam es 2009 zu einer gravierenden Wasserkrise. Die kurze Regenzeit, die hohen Temperaturen und Probleme bei der Wasserversorgung haben zu einem Rückgang der städtischen Wasserreserven um 50% geführt, was in der ganzen Stadt und vor allem in marginalisierten Gegenden im Stadtosten großen Wassermangel zur Folge hatte. Die Stadtregierung hat daraufhin Maßnahmen zur Privatisierung des Wassers angekündigt, was auf breiten Protest der Zivilgesellschaft gestoßen ist. Nur ein paar Monate später wurde der Stadtosten Opfer schwerwiegender Überschwemmungen - ein Zeichen, dass eine demokratische und nachhaltige Wasserpolitik dringend notwendig ist.

Im Oktober 2009 hat die Regierung die Auflösung von *Luz y Fuerza del Centro*, dem Energiekonzern, der für die Stromversorgung des Großraums Mexiko-Stadt zuständig war, veranlasst. Präsident

Calderón begründete seine Entscheidung mit administrativen Fehlern bei den Finanzen und Undurchsichtigkeiten in der Buchhaltung. Das Unternehmen wurde praktisch von der Gewerkschaft Mexikanischer Elektriker (*Sindicato Mexicano de Electricistas*) geführt, welche als unabhängige und linke Gewerkschaft ein starker Gegner der Regierungspolitik war. Unabhängig von den energietechnischen Argumenten zur Schließung von *Luz y Fuerza*, handelte es sich eindeutig um eine politische Entscheidung. Die Intention der Regierung war nicht nur eine Schwächung der mexikanischen Gewerkschaftsbewegung, sondern sie zielte zudem auf eine Kontrolle der Stromverwaltung. Es sollte verhindert werden, dass die Gewerkschaft durch die Installation von Fiberglas auch auf den Telekommunikationsmarkt Einfluss nehmen konnte. Die Arbeiter sowie Gewerkschafter von *Luz y Fuerza* haben große Protestaktionen gestartet, die bis jetzt andauern. Sie bemühen sich weiterhin um juristische Mittel, damit der Erlass zur Auflösung des Unternehmens aufgehoben wird. Einige Organisationen der Zivilgesellschaft haben sich den Protesten der Gewerkschaft angeschlossen - der Präsident konnte indessen durch sein Vorgehen seine Stellung im Privatsektor und im konservativen Lager stärken.

Das Jahr 2009 war auf bundesstaatlicher Ebene von gravierenden Rückschritten für die Frauenrechte gekennzeichnet. Nachdem in Mexiko-Stadt die Abtreibung legalisiert wurde, haben einige Bundesstaaten gegensätzliche Reformen präsentiert und bewilligt, was dazu geführt hat, dass in 18 von 31 Bundesstaaten die Abtreibung verboten wurde. Zudem wurde von der Regierung Veracruz ein Vorschlag über eine diesbezügliche Verfassungsänderung eingereicht.

Der mexikanische Staat ist bislang nicht in der Lage bzw. willens, das Leben und die Rechte der Frauen zu schützen und wurde deshalb, im Rahmen des Prozesses um die Morde an Frauen in Ciudad Juárez, vom Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt. Positiv zu bewerten ist die Verabschiedung des *Ley General de Acceso de las Mujeres a una Vida Libre de Violencia* (Allgemeines Gesetz für einen Zugang zu einem gewaltfreien Leben für Frauen). Allerdings stellt dies praktisch eine reine Formalität dar, da die Umsetzung des Gesetzes von keinerlei institutionellen Regeln unterstützt wird.

Die Regierung von Mexiko-Stadt hat 2009 ein Gesetz zur Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen und Adoption durch gleichgeschlechtliche Partnerschaften verabschiedet. Die mexikanische Bundesregierung hat daraufhin eine Beschwerde beim Obersten Gerichtshof eingereicht, mit der Begründung, das Gesetz sei verfassungswidrig. Ein definitives Urteil hierüber steht noch aus, solange bleibt das Gesetz (in Mexiko-Stadt) dennoch in Kraft.

El Salvador

Das wichtigste politische Ereignis in El Salvador – nach der Unterzeichnung der Friedensverträge 1992 – war der Regierungswechsel im Juni 2009. Nach zwanzigjähriger Regierungszeit der konservativen Partei ARENA gelang der FMLN gemeinsam mit einer Allianz linksorientierter, sozialdemokratischer und progressiver Kräfte der Wahlsieg. Die Zusammensetzung des (größtenteils männlichen) Kabinetts der neuen Regierung repräsentiert diese Allianz, die sich mit dem Ziel formiert hatte, die Wahlen zu gewinnen. Neben Mitgliedern der Parteien FMLN und CD gehören der Regierung auch Kandidaten des Bündnisses an, das im Wahlkampf maßgeblich zur Akzeptanz der Präsidentschaft bei moderaten Mitte-Rechts Kräften beigetragen hat, den „Freunden von Mauricio Funes“. Der politische Machtwechsel bedeutet den Beginn einer neuen Epoche und stellt zugleich einen wichtigen Schritt zur Konsolidierung der Demokratie dar.

In der Kürze der bisherigen Regierungszeit sind bereits einige wichtige Veränderungen zu beobachten. So hat die neue Regierung eine nie dagewesene Umstrukturierung in Gang gesetzt. Wichtigster Ausdruck davon ist die interne Spaltung und damit Schwächung der bedeutendsten Oppositionspartei ARENA. Dies verändert die Dynamik innerhalb der Legislative, in der der Block der rechten Parteien beinahe zwei Jahrzehnte die Mehrheit gebildet hatte. Im Oktober haben aufgrund interner Differenzen 12 Abgeordnete der ARENA bekannt gegeben, nicht mehr der Parteilinie zu folgen, sondern zukünftig im Kongress unabhängig abzustimmen. Nur einen Monat danach gaben sich diese Abgeordneten den Namen Gran Alianza de Unidad Nacional (GANU) und machten wenig später ihre Intention zur Gründung einer neuen Partei öffentlich- wozu sie bereits ehemalige Berater von ARENA angestellt haben.

Ein weiterer Ausdruck ist die - zumindest zeitweilige - Distanz zwischen der Regierung und der Regierungspartei FMLN. So ist z.B. zu beobachten, dass der Präsident Positionen vertritt, die nicht von der FMLN unterstützt werden, und dass umgekehrt die Partei Initiativen anstößt, die nicht die Billigung des Präsidenten finden. Eine solche Situation hat es zumindest in der jüngeren Geschichte El Salvadors noch nie gegeben. Sie kann als wachsende Entfremdung zwischen dem Präsidenten und seiner Partei interpretiert werden, wie dies von etlichen Beobachtern gesehen wird, aber auch als gesunder Ausdruck von demokratischer Institutionalität und Gewaltenteilung.

Die (Un-) Sicherheit in El Salvador ist eines der größten Probleme und Herausforderungen für die neue Regierung. Im Jahr 2009 wurde mit 76,6 pro 100.000 Einwohner die höchste Mordrate in den letzten zehn Jahren erreicht, und damit auch gleichzeitig die höchste Rate im Vergleich zu den anderen lateinamerikanischen Ländern. Diese von Gewalt und Unsicherheit geprägte Situation herrscht

bereits seit mindestens 15 Jahren vor - mit gravierenden Konsequenzen für die Institutionalität des Landes. Sowohl der Justizapparat als auch die nationale Polizei sind von kriminellen Strukturen durchdrungen. Dies hat die aktuelle Regierung dazu veranlasst, erste personelle Veränderungen auf höchster Führungsebene im Polizeiapparat vorzunehmen. Angesichts der hohen Gewaltrate im Land hat die Regierung beschlossen, das Militär in den Schutz der inneren Sicherheit einzubinden - eine Maßnahme, die auch schon von früheren Regierungen ergriffen und von der Zivilgesellschaft heftig kritisiert wurde. Auch diesmal wird das Vorgehen von den verschiedenen Bevölkerungssektoren kontrovers diskutiert, sowohl wegen der Repressionsgeschichte El Salvadors der vorhergegangenen Jahrzehnte, in denen das Militär eine sehr unrühmliche Rolle spielte, als auch wegen der Nichterfüllung der Friedensverträge in diesem Punkt. Die Themen Gewalt und Sicherheit beschäftigen die Bevölkerung sehr, und die Lösung dieser Probleme wird vehement eingefordert, während gleichzeitig Kritik an der mangelnden Klarheit der Regierungsstrategie laut wird. Mit Sicherheit wird dieses Thema eine wichtige Rolle bei der Bewertung der Arbeit der Regierung spielen und für den Erfolg oder Misserfolg ausschlaggebend sein.

Nach wie vor erhält der Präsident Funes allerdings sehr gute Umfragewerte - in einer Studie der Technischen Universität El Salvadors äußern sich 83,8% der Befragten als zufrieden mit der Regierungsführung. Doch es wird auch Kritik aus dem eigenen politischen Feld laut, in erster Linie von Vertreter_innen linker Bewegungen. Sie werfen dem Präsidenten z.B. vor, dass er das umstrittene Staudammprojekt Chaparral nicht stoppt, und dass er politisch nicht immer klar genug Stellung bezieht.

Eine weitere große Herausforderung für die Regierung ist die soziale Situation. Um den sozialen Auswirkungen der Wirtschaftskrise entgegen zu wirken, hat die Regierung zwei neue Sozialprogramme implementiert, sowie ein bereits bestehendes Programm zugunsten von Personen, die in extremer Armut leben, erweitert. Die neuen Programme konzentrieren sich auf junge, arbeitslose Personen in besonders armen und von Gewalt geprägten Gegenden, bzw. auf Personen über 70, denen im Rahmen des Programms eine Pension gewährleistet werden soll. Damit wurden erste wichtige Schritte zur Einlösung des Wahlversprechens eingeleitet, Programme zur Armutsbekämpfung aufzustellen. Auch im Gesundheitsbereich sind Änderungen spürbar, so wurden die Gebühren im öffentlichen Gesundheitswesen abgeschafft, und im Falle von Epidemien wie z.B. der Schweinegrippe erhielten alle Personen, also auch die, die nicht versichert sind, Zugang zu kostenloser Behandlung. Außerdem wurde ein „Komitee der sozialen Ökonomie“ gegründet, das die Regierung beraten soll und in dem sowohl Unternehmer als auch Vertreter_innen der Zivilgesellschaft vertreten sind.

Nach Angaben der Zentralbank war 2009 mit einem Negativwachstum von -2,5% das Jahr der schwersten Wirtschaftskrise seit 1980, und El Salvador damit das am schlimmsten betroffene Land in Zentralamerika. Als Folge der Krise sind die Steuereinnahmen um 11-12% gesunken, wobei die Steuersätze ohnehin, wie in vielen lateinamerikanischen Ländern, sehr niedrig sind. Verschärft wurde diese Situation durch das Haushaltsloch, das die Vorgängerregierung hinterlassen hat, und das die Finanzierung der neuen Sozialprogramme ohnehin bedroht. Gegen Ende des Jahres wurden deshalb, gegen den Widerstand der großen Unternehmen, erste Maßnahmen einer Steuerreform durchgesetzt. Mit Hilfe dieser Maßnahmen sowie auf Grundlage der wirtschaftlichen Wachstumsprognosen für das zweite Halbjahr 2010 hofft das Finanzministerium, dass die Steuereinnahmen wieder um mindestens 1% steigen werden. Außerdem hat die Regierung eine erfolgreiche Anti-Korruptionskampagne gestartet.

Im September wurde mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) ein Finanz-Stabilisierungsprogramm über 800 Millionen US-Dollar unterzeichnet, mit Hilfe dessen für Kontinuität der Sozial- und Armutsbekämpfungsprogramme gesorgt werden soll. Die öffentliche Verschuldung beläuft sich auf etwa 48% des BIP, wird jedoch aufgrund der Auswirkungen des Tropensturms IDA im November 2009 vermutlich weiter zunehmen. Die Regierung sieht sich gezwungen, weitere externe Finanzierungen zu suchen, was das makroökonomische Gleichgewicht gefährdet und die Regierung zu einer erneuten Revision der Steuerlage zwingt.

Eine zusätzliche Auswirkung der Wirtschaftskrise macht sich in der Abnahme der Rücküberweisungen der in den USA lebenden salvadorianischen Migrant_innen bemerkbar. Obwohl diese Rücküberweisungen im Jahr 2009 immer noch 16,1% des BIP ausmachten, sind sie im Vergleich zum Vorjahr um 8,5% gesunken. Zwar gibt es keine konkreten Studien über die Auswirkung dieses Rückgangs, jedoch steht außer Frage, dass in erster Linie arme Familien darunter leiden.

Außenpolitisch blickt der neue Präsident Funes vor allem nach Brasilien, das bereits Unterstützung in den Bereichen Gesundheit, Bildung sowie Wirtschafts- und Finanzpolitik angekündigt hat. Die diplomatischen Beziehungen zu Kuba wurden wieder aufgenommen. Insgesamt lässt sich aber eher eine Distanz zu den Alba-Ländern beobachten.

Nicaragua

Nicaragua ist, nach dem dritten Amtsjahr Daniel Ortegas, von einer anhaltenden politischen und wirtschaftlichen Krise geprägt. Im politischen Rampenlicht stand in dem Jahr, in dem sich die sandinistische Revolution zum 30. Mal jährte, eine von Präsident Ortega initiierte Verfassungsreform, die ihm eine Wiederwahl bei den kommenden Präsidentschaftswahlen 2011 sichern soll. Trotz korrupter und antidemokratischer Maßnahmen wie Geldangeboten und Einschüchterungsversuchen der Abgeordneten konnte Ortega die für die Verfassungsänderung notwendigen 56 Stimmen in der Nationalversammlung nicht erreichen. Daraufhin entschieden die Verfassungsrichter in einer kurzfristig angesetzten Sitzung (Ende des Jahres), dass das Verbot der Wiederwahl die Grundrechte des amtierenden Präsidenten verletze, und erließen ein Urteil, dass Ortega eine erneute Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 2011 ermöglicht. Die Empörung der Öffentlichkeit ist groß, die bekannte „nicaraguanische Menschenrechtsanwältin Vilma Nuñez kritisiert die Instrumentalisierung der Staatsorgane für politische Interessen und beschreibt das Gerichtsurteil als juristisch nicht korrekt, da nicht einmal alle Richter anwesend waren. Dennoch hat in ihren Augen „der Richterspruch Gültigkeit und es gibt keine Möglichkeit einer Revision“. Die Öffentlichkeit hat sich in Umfragen stets mehrheitlich gegen eine Wiederwahl Ortegas ausgesprochen.

Parallel zu der bereits angelaufenen Kampagne der FSLN für die Präsidentschaftswahlen 2011 haben 2009 Vorbereitungen für die Kommunalwahlen in den karibischen Provinzen (die für März 2010 angesetzt sind) begonnen. Ob diese Wahlen als Vorzeichen für die Wahlen 2011 interpretiert werden können, ist nicht abzusehen. Fest steht, dass die Liberalen und Anti-Sandinisten in die Offensive gehen wollen, obwohl sie sich bisher vergebens um Geschlossenheit bemüht haben. Die Partei Alemáns (PLC) hat die Regierung Ortegas bereits im Vorfeld des Wahlbetrugs in der Karibik beschuldigt, nachdem die FSLN mehr als 30.000 Wahlhelfer_innen ins Rennen geschickt hatte. In Anbetracht dieses Vorwurfs stehen rund 300 Millionen Dollar EZ-Gelder der EU (für den Zeitraum 2007-2013) auf dem Spiel, welche als Reaktion auf Unregelmäßigkeiten bei den Kommunalwahlen 2008 vorläufig eingefroren worden waren. Ortega hat angekündigt, für die Kommunalwahlen 2010 europäische Wahlbeobachter_innen zuzulassen, woraufhin die EU im Oktober 2009 10 Millionen Dollar der EZ-Mittel freigab.

Wirtschaftlich ist die Situation Nicaraguas sehr angespannt. Als Folge der weltweiten Wirtschaftskrise wurden (v.a. im Bereich der Maquila-Industrie) zahlreiche Arbeitsplätze gestrichen, und die Exporterlöse agrarindustrieller Produkte sowie die Rücküberweisungen vieler im Ausland lebender Nicaraguaner_innen nahmen rapide ab. In fast allen relevanten Wirtschaftsbereichen wurden 2009 rote Zahlen geschrieben, das Land verzeichnete nach Angaben der Zentralbank ein negatives Wirt-

schaftswachstum von -1%. Im Laufe des Jahres wurde der Haushaltsplan 2009 dreimal gekürzt, vornehmlich zu Lasten von öffentlichen und Sozialausgaben.

Weiterhin eine schwere Stellung haben Frauen und Frauenorganisationen in Nicaragua. Zwar startete die Frauenbewegung nach dem Erlass des totalen Abtreibungsverbots 2006 eine gemeinsame Kampagne, doch kam es zu Differenzen und schließlich zur Spaltung im Vorfeld der vergangenen Präsidentschaftswahlen. Erfreulicherweise konnte im März 2009 bei dem internationalen Frauentreffen in Mexiko der Dialog zwischen den einzelnen Gruppen wieder initiiert werden. Im Oktober 2009 kam es zur gewaltsamen Verhaftung von drei Frauen, die von einer feministischen Fortbildung zurückkehrten. Frauenorganisationen sind vermehrt Repressionen ausgesetzt und werden in ihrer Arbeit behindert.

Die EU setzt nach wie vor auf Verhandlungen um ein Freihandelsabkommen (ein sogenanntes Assoziierungsabkommen) mit den Ländern Mittelamerikas. Das Vertragswerk konnte jedoch 2009 nicht wie geplant abgeschlossen werden. Zum einen erklärte Nicaragua, zunächst nicht weiter an den Verhandlungen teilnehmen zu wollen, nachdem die EU-Verhandlungskommission den geforderten Strukturausgleichsfond abgelehnt hatte. Zum anderen führte der Putsch und die Regierungskrise in Honduras zum vorläufigen Aussetzen der Verhandlungen.

Im September 2009 wurde erstmalig ein großes Drogenlabor in Nicaragua entdeckt und Kontakte zu dem mexikanischen Drogenkartell von Sinaloa nachgewiesen.

Honduras

Der Putsch in Honduras hat in Mexiko und vor allem in Zentralamerika für große Beunruhigung gesorgt. In seltener Einigkeit haben die Regierungen Lateinamerikas den Putsch als unrechtmäßig verurteilt und der Regierung Micheletti die Anerkennung versagt. Zwar weisen die demokratischen Strukturen in den meisten lateinamerikanischen Ländern nach jahrzehntelanger Diktatur und/oder Militärherrschaft durchaus große Defizite auf, doch kann man in allen Ländern zumindest von Wahldemokratien sprechen. Die gewaltsame Vertreibung des rechtmäßig gewählten Präsidenten Zelaya aus seinem Amt und aus dem Land bedeutet somit einen paradigmatischen Einschnitt und demokratischen Rückschritt, der auch von allen politischen Kräften so gelesen wird. Während ein Großteil der Bevölkerung in Zentralamerika, sofern sie sich überhaupt für Politik interessiert und die Geschehnisse in Honduras verfolgt hat, befürchtet, dass mit dem Putsch in Honduras der Geist des letzten Jahrhunderts geweckt und solche Politik wieder hoffähig gemacht wird, spekulieren die (ultra-)rechten

Kräfte, die die traditionellen Eliten in diesen Ländern darstellen, auf eine solche Möglichkeit. Sie beobachten sehr genau die internationalen Reaktionen, um den Spielraum für die gewaltsame Vertreibung von ihnen unliebsamen Regierungen auszuloten. Dem internationalen Umgang mit dem neu gewählten honduranischen Präsidenten Lobo kommt deshalb besondere und richtungsweisende Bedeutung zu.